

Verbot der Nutzung von Social-Media-Plattformen für Kinder und Jugendliche?

geschrieben von Olaf Zimmermann

Von WhatsApp habe ich mich schon abgemeldet, nicht weil dieser Dienst der Schlimmste unter den sogenannten sozialen Netzwerken ist, sondern weil ich es nicht wirklich brauchte. Auf X und auf Instagram bin ich ab und an. Damit gehöre ich zu den wenig Nutzern von Sozialen Netzwerken, ich komme sogar noch mit der alten Kulturtechnik des Telefonierens und sogar des Briefeschreibens zurecht.

Aber ich gehöre damit eindeutig zu einer aussterbenden Spezies. Die Jüngeren, also alle unter vierzig, sind mit dem Internet groß geworden und nutzen die Sozialen Netzwerke intensiv und in allen Lebenslagen. Je jünger, desto mehr digitale Dienste, könnte die Faustformel sein.

Nun hat die SPD eine Diskussion losgetreten und Vertreter der Partei fordern ein vollständiges Verbot der Nutzung von Social-Media-Plattformen für Kinder unter 14 Jahren. Jugendliche bis 16 Jahre sollten nur noch auf einer speziellen Jugendversion der Plattformen surfen dürfen. Jugendliche ab 16 Jahren und Erwachsene sollen einen sicheren Altersnachweis erbringen müssen, bevor sie die Angebote in ihrer Gesamtheit benutzen dürfen. Die Union hat sich auf ihrem Parteitag im Grundsatz dieser Idee angeschlossen.

Doch was ist nun genau gemeint? Geht es im Kern um Plattformen wie Tik-Tok, Facebook, X, Snapchat, Reddit oder Instagram? Oder ist die Regelungsnotwendigkeit nicht noch deutlich größer? Kerstin Claus, die Bundesbeauftragte gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, hält es für geboten, auch Online-Spiele zu berücksichtigen. Die Chat-Funktionen auf den Gaming-Plattformen bergen dieselben Gefahren wie soziale Medien, meint sie. Richtig, aber was bedeutet das, wo ist die Grenze der Verbote?

Können wir wirklich einfach die wichtigsten Kontaktbörsen für Kinder und Jugendliche abstellen oder stark einschränken, ohne neue Schäden in Kauf zu nehmen? Wir Alten können ohne sie leben, können die Jungen das auch?

Sind wir ehrlich, die Diskussion ist auch ein Eingeständnis des politischen Scheiterns. Die Politik ist nicht in der Lage, die großen Tech-Unternehmen zu regulieren. Sie sind die Täter, die den Schund in den Sozialen Netzwerken bewusst wuchern lassen, nur aus einem einzigen Grund: dem Profit. Weil die Politik dieses asoziale Verhalten nicht in den Griff bekommt, sollen nun die Kinder und Jugendlichen den Zugang zu ihren wichtigsten sozialen Kontakträumen verlieren. Die Befürworter der Einschränkungen sagen, ja, so machen wir es beim Alkohol und bei Nikotin doch auch. Richtig, aber sehr erfolgreich sind wir damit ja nicht.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 3/2026](#)